

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für



den Freistaat Sachsen

Er erscheint wöchentlich nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14674.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtkontofonto Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 35 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 70 Pf., unter Einbezug 1 RM. Ermäßigung auf Geschäftsangelegenheiten, Familiennachrichten und Stellenangebote. — Schluß der Annahmen vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Verkaufsstelle von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptredakteur Karl Weizsäcker in Rähnitz-Wellerau.

Nr. 268

Dresden, Freitag, 16. November

1928

Die Reichstagsdebatte um den Panzerkreuzer.

Das Rededuell Wels — Groener.

Nach der „Neuen“ Mitwirkung war heute „großer Tag“ im Reichstag. Schon vor den Portalen Ansturm von Neugierigen, die interessiert die Ankünfte der Abgeordneten beobachteten. Im Saale selber alle Bänke besetzt, die Publikumstribünen überfüllt, neben den Ministern der Chef der Reichsmarineleitung und zahlreiche Offiziere. Zur Begründung ihres Antrages traten die Sozialdemokraten den Abg. Wels vorgehend und ihn damit vor keine angenehme Aufgabe gestellt. Höfliche Zwischenrufe der Kommunisten. Lachen und Unruhe auf der Rechten unterbrachen seine Ausführungen immer aufs neue. Aus der Stimmung des Hauses ging deutlich hervor, daß die Sozialdemokratie in diesem Kampfe auf keine Hilfe zu hoffen hatte. In ihren eigenen Reihen sah man der Zustimmung mit Skepsis entgegen. Nach einer Rede des Abg. Hedert (Komm.), die wie immer in ein Privatduell zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten ausartete, ergriß unter großer Spannung des Hauses, von den Kommunisten sarkastisch „begrußt“, Reichswehrminister Groener das Wort. Die ruhigen und sachlichen Beleuchtungen des Reichsministers, das Können, das er dem Hause über modernes Marinewesen gab fand aufmerksame Hörer, besonders, da man hier zum erstenmal Einzelheiten über den positiven Gesichtswert des neuen Panzerkreuzers zu hören bekam.

Nur die Kommunisten vollführten ihr übliches Vortragsstück. Die Mehrheit des Hauses schien aber einer Krise aus dem Wege gehen zu wollen. Erst die scharfe Rede des deutschnationalen Abgeordneten Trebitz ließ die Wogen der Erregung höher gehen. Verschiedene seiner Behauptungen, die persönlich gegen Hermann Müller gerichtet waren, veranlaßten den Reichskanzler zu einer Erklärung. Mit schlichter Erregung wies Hermann Müller die Behauptung des deutschnationalen Redners zurück, die ihm ein „unehrliches Spiel“ zum Vorwurf gemacht hatte. Nach einer Erklärung des Abgeordneten Lecht, die die bayerische Volkspartei würde die sozialdemokratischen und kommunistischen Antisätze ablehnen, vertagte sich das Haus auf Freitagnachmittag. Zusammenfassend geht aus der ganzen Stimmung der gestrigen Reichstagsdebatte hervor, daß die leidige Panzerkreuzerfrage nicht zu einer Krise führen wird, eine Annahme, die schon deshalb wahrscheinlich ist, weil eine solche Krise im Augenblick nicht im Interesse der sozialdemokratischen Partei läge. In Abzügen dürften sich die Sozialdemokraten inzwischen davon überzeugt haben, daß ihre Antisätze bei der kommenden Abstimmung keine Mehrheit finden werden. Mit diesem Wissen dürften sie sich, wenn nicht alle Angelegenheiten klären, sehr zufrieden geben. Wie lassen den Bericht folgen:

Abg. Wels (Soz.) begründet den sozialdemokratischen Antrag: „Der Bau des Panzerkreuzers A wird eingestellt.“ Dieser Antrag sei die einfache Konsequenz aus dem Ausfall der letzten Reichstagswahlen, bei denen die große Mehrheit der Wähler sich gegen den bisherigen Kurs und damit auch gegen den Panzerkreuzerbau entschieden habe. Diese Entscheidung werde auch nicht beeinträchtigt durch den möglichen Ausfall des kommunistischen Volksbegehrens. Das Parlament ist frei und an Beschlüsse des verflorenen Reichstages nicht gebunden, wie es vielleicht die Regierung ist. (Lachen rechts und bei den Komm.) Wenn der Reichswehrminister der Entscheidung des Parlaments vorgegriffen und Aufträge von mehr als 30 Millionen über die bewilligte Rate hinaus erteilt hat, so steht dieser Fall ohne Fragezeichen da. (Lachen und Lachen rechts.) Der Reichsminister mußte wissen, daß es sich hier nicht um eine etatsrechtliche, sondern um eine höchst politische Frage handelte. Er wußte, welche Rolle die Panzerkreuzerfrage auch im letzten Wahlkampf gespielt hat. (Lachen und Lachen rechts.) Jurale von den Nat.-Soz., Abg. Dr. Goebbels (Nat.-Soz.) erhält einen Einverständnis.

Wenn der Reichswehrminister durch sein Vorgehen und in eine Zwangslage bringen wollte, so legen wir ihm, daß die sozialdemokratische Fraktion sich diesem Zwang nicht fügen wird. (Lachen rechts.) — Abg. Goebbels (Nat.-Soz.) erhält den

zweiten Ordnungsruf.) Unser Antrag auf Einstellung des Panzerkreuzerbau richtet sich nicht gegen die Reichswehr. Wir wollen die Reichswehr erhalten, um sie zu einem zuverlässigen Instrument der Deutschen Republik zu machen. (Lachen und Gelächter rechts.) Unser Antrag entspricht dem Willen zur Zweckmäßigkeit und Sparlichkeit. Vizepräsident v. Wolfers und die meisten übrigen Marinemänner haben bezeugt, daß ein Panzerkreuzer vom Typ A ein ganz unbrauchbares Verdrängungsmittel für uns wäre. Im Kampf mit einer modernen Seemacht wäre dieses Schiff nur eine Schiffschleife, die ohne jede Abwehrmöglichkeit von einem Zinerschiff mit einem einzigen Schuß versenkt werden kann. Selbst unter politischen Gesichtspunkten, die ohne jede militärische Rücksicht zu betrachten sind, ist die Herstellung eines solchen Schiffes als eine nutzlose militärische Spielerei, um die bürgerliche Gesellschaft zu verblöden. (Hört, hört!) Was

anderen Gebieten die Wohnungsmot noch einen so furchtbaren Umfang hat, solange die Gesundheitsverhältnisse im Protektorat so jämmerlich sind wie jetzt, so lange dürfen die Mittel der Steuerzahler nicht diesen dringenden Aufgaben entzogen und für militärische Spielereien vergeudet werden.

Wenn Sie (nach rechts) solche Schiffe haben wollen, so sammeln Sie selbst dafür einen neuen Beitrag! Die furchtbare Not des Volkes darf nicht die Hellinge sein, auf die das Panzerschiff gelegt wird. (Lebt, Weisheit d. d. Soz.)

Von den Kommunisten ist die sofortige Abstimmung über ihren Antrag auf Vorlegung der Denkschrift des Reichswehrministers verlangt worden. Der kommunistische Antrag wird gegen die Stimmen der Kommunisten und Nationalsozialisten abgelehnt.

Abg. Hedert (Komm.) begründet hierauf die kommunistische Interpellation. Das Panzerschiff A

finanziellen Möglichkeit der Inangriffnahme des Baus vor. In der Entscheidung ist dann auch ausdrücklich der alsbaldigen Vornahme der reinen Konstruktionsarbeiten zugestimmt worden.

Die Reichsregierung hatte nach der Entschließung des Reichstags eine Entscheidung nur noch hinsichtlich der finanziellen Möglichkeiten. Die Untersuchung durch das Kabinett hat ergeben, daß für den laufenden Etat 1928 durch die Veranschlagung der Mittel für die erste Bau-rate keine Schwierigkeiten entstanden. Danach war die Genehmigung zur Vergebung der Lieferungen, die nach der Entschließung des Reichstags nicht vor dem 1. September 1928 erfolgen sollte, zu erteilen. Material handelte es sich für das Kabinett damals nur um diese Entscheidung.

Im Hinblick auf die kommenden Jahre hat das Reichskabinett in finanzieller Hinsicht festgelegt, daß künftige Ersatzbauten der Marine nur innerhalb der Höhe des Normalhaushalts für 1929 ausgeführt werden dürfen.

Es wurde mit voller Zustimmung des Reichswehrministers festgestellt, daß die durch den Bau des Panzerschiffes A entstehenden Mehrausgaben durch entsprechende Ersparnisse bei sonstigen Ersatzbauten wieder eingebracht werden können.

Damit war der vom Reichstag angewonnenen Anschließung Genüge geschehen. — Es ist richtig, daß über die erste Rate hinaus Aufträge im Betrag von 32 Millionen vergeben werden sind. Das liegt im Rahmen des § 24 der Reichshaushaltsordnung. Selbstverständlich kann ein Schiff nur im ganzen vergeben werden und ebenso die dazu gehörigen Maschinen. Jedemfalls sind Ausgaben über die bewilligte Rate hinaus nicht erfolgt.

Von dem Abg. Hedert ist auch die Behauptung aufgestellt worden, daß dieses Panzerschiff gegen Ausland gebaut wird und daß diese Politik gegen den Sinn des Rapallovertrages verstoße. Die Reichsregierung sieht durchaus auf dem Boden des Rapallovertrages und des Berliner Vertrages. Im übrigen werde ich diese Behauptung nicht ernst nehmen, solange sie mir nicht von dem russischen Botschafter vorgebracht wird. (Grußrufe und Rufe: Sehr gut! Der russische Botschafter Arsenki, der sich in der Diplomatenloge befindet, lächelt.)

Reichswehrminister Groener

wird, als er die Rednertribüne betritt, von den Kommunisten mit lauten Rufungen: „Gundstott!“ empfangen. Vizepräsident Graf erteilt einen Ordnungsruf.

Reichswehrminister Groener erklärt, er wolle die ganze Frage rein sachlich betrachten. Die Reichswehr müsse aus der Politik herausgebracht werden. Das sei nur möglich, wenn es ihm gelinge, die Parteien von der sachlichen Berechtigung seiner Forderungen zu überzeugen. Der Minister unterbricht zunächst die Frage, ob wir eine Marine nötig haben. Ich bejahe diese Frage aus voller Überzeugung, wie sie mit mir der überwiegende Teil des deutschen Volkes bejaht.

Möglichende Gründe dafür sind einmal der Kräftezuwachs, den die Marine dem Landheer bringt, zum anderen die freie Ostsee. Eine Ausbesserung unserer Marine würde uns noch nicht berechtigen, unser Landheer auch nur um eine Kanone zu verstärken. Infolgedessen bedeutet die Marine einen unerheblichen Kräftezuwachs. Auch die kleine Flotte ist die beste Art des Küstenschutzes. Bisher leichter ist infolge der neuen Kriegsmethoden der Kampf aus der Luft gegen Land und Landheer, als gegen einzelne schwimmende Schiffe. Die Marine dürfte in Zukunft betonen sein, wieder eine erhebliche Rolle zu spielen; sie ist eine feste Entlastung des Landes. Der Minister verweist weiter auf den Wert der Flotte für die Aufrechterhaltung unserer Neutralität bei Konfliktfällen jenseits unserer Grenzen.

Unsere geographische Lage lasse den Fall zu, daß die Marine zur Aufrechterhaltung dieser Neutralität eine wichtige Rolle spielen könnte. Besondere Bedeutung könne sie auch haben, um eine ungehinderte Handelsverkehr zu sichern.

Der Minister weist darauf hin, daß der Außenminister den Gedanken völlig ablehne, als ob der Bau des Panzerkreuzers eine Belastung unserer Außenpolitik darstelle. Wenn die Marine aber Lebensbedeutung habe, dann müsse man ihr auch die Lebensmöglichkeit geben und sie wenigstens in dem wirklich recht bestehenden Rahmen des Berliner Vertrages erhalten. Dazu gehöre in erster Linie der Ersatz veralteten Materials. Auch der vorzügliche Schiffbau solle der

Änderung des Sächsischen Landeswahlgesetzes.

(St. K.) Das Gesamtministerium hat beschlossen, dem Landtage den Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Landeswahlgesetzes zu gehen zu lassen. In dem Entwurfe wird u. a. vorgeschlagen, die Vorschriften aufzuheben, welche die Zulassung von Wahlvorschlägen neuer Parteien von der Einzahlung eines Betrags von 3000 RM. abhängig machen. Die gegenwärtigen Vorschriften sind hinsichtlich ihrer Rechtsgültigkeit umstritten, nachdem der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich ähnliche Vorschriften anderer

Länder als unvereinbar mit der Reichsverfassung erklärt hat. Die Regierung hat demgegenüber, insbesondere in den noch schwebenden Verfahren vor dem Staatsgerichtshof und dem Reichsgericht, den Standpunkt vertreten, daß diese Vorschriften rechtmäßig sind. Sie hält an dieser Auffassung fest, möchte aber von sich aus die Hand dazu bieten, daß die Vorschriften, die feinerzeit im Landtag nahezu einstimmig angenommen worden sind, um der Zweifel willen, die gegen ihre Gültigkeit geäußert worden sind, aus der Welt geschafft werden.

hat es denn für einen Sinn, einen unvollkommenen Schiffsbau mit schweren Geldopfern herauszubringen, nur weil das Verzeichnis nicht ihn und aufgeworbenen hat? (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Wenn die „Germania“ meint, unser Antrag entspringe nur dem Bedürfnis, die Partei zusammenzuhalten, so müssen wir feststellen, daß es im Reichstag keine Partei gibt, die nicht um die Geschlossenheit unserer Partei benedelt. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Das Zentrum sollte doch daran denken, wie beispielsweise die Berliner Zentrumorganisation energisch die Ablehnung des Panzerkreuzers fordert hat. (Zurufe rechts: „Sie wollen ja selbst Ihre Leute abkommandieren!“) Abg. Herr v. Stubbendorf, Sie denken wohl daran, wie Sie in Ägypte die Leute kommandiert haben! (Lachen und Gelächter.) Wir haben und immer gegen die Vergewaltigung von Millionen für Schiffbauern gewandt, die in Westfalen nicht unsere Verteidigung verstärken, sondern nur den viel zu vielen Offizieren im Marineamt und Reichsministerium eine Gelegenheit geben sollen, ihre Notwendigkeit zu beweisen. Wir haben diese Millionen nicht überflüssig. Wir haben ein Loch von 600 bis 700 Millionen im Etat. Wir haben alle verfügbaren Mittel nötig, um das furchtbare Elend unseres Volkes zu lindern. Ich verweise auf die erschütternden Schilderungen, die der Schriftsteller Michel im „Berliner Tageblatt“ von den entsetzlichen Zuständen im Waldenburger Hungergebiet gegeben hat. — Als der Redner Stellen aus diesen Schilderungen vorliest, kommen von den Kommunisten wiederholt Rufe: „Heuchler!“ Der Abg. Wels (Komm.) wird vom Präsidenten Rede wegen fortgesetzter Störungen zweimal zur Ordnung gerufen. — Abg. Wels schließt dann die Rede über die sächsische Landwirtschaft und meint: Für die Kosten des Panzerschiffes können in Sachsen 30000 bis 40000 Bauern angelockt werden. Diese Menschen wären ein besserer Schutz der Ostgrenze als ein im Ernstfälle militärisch unbrauchbares Panzerschiff! Solange in Berlin und

sei keineswegs ein wertloses Spielzeug, sondern eine militärisch sehr wirksame Waffe, aber es sei bestimmt als Waffe der kapitalistisch-imperialistischen Mächte, die Deutschland für sich gewinnen wollen, gegen die russische Sowjetunion. Die Regierung Müller habe nichts gegen den Anschluß der deutschen Dantiers an den antirussischen Brevolventen getan, obwohl dieser Anschluß ein Verstoß gegen den deutsch-russischen Rapallovertrag ist. Die Sozialdemokratie unternehme nichts dagegen, daß das Protektorat an den Fäden des Kreuzes und der Mütze zappelt.

Die Zustimmung der sozialdemokratischen Minister zum Panzerkreuzerbau könne mit solchen Ausreden nicht verteidigt werden. Die Sozialdemokratie werde in der Koalition bleiben, auch wenn künftigen Panzerkreuzer gebaut werden.

Reichskanzler Müller:

Ich habe in Verantwortung der kommunistischen Interpellation namens der Reichsregierung folgende Erklärung abgegeben:

Die Bewilligung der ersten Rate für den Bau des Panzerkreuzers A ist durch Reichstag und Reichsrat bereits mit der Verabschiedung des Reichshaushalts für das Jahr 1928 erfolgt. Beide Körperschaften haben sich durch die Annahme des Reichshaushaltsgesetzes für den Bau des Panzerschiffes ausgesprochen.

Der Reichstag hatte zunächst mit 36 gegen 32 Stimmen die Erreichung der Ansätze für den Neubau des Panzerschiffes in Höhe von zusammen 9,3 Millionen Reichsmark beschlossen. Nachdem der Reichstag aber mit Mehrheit die beantragten Ansätze für den Bau des Panzerschiffes A bewilligt hatte, trat der Reichsrat dem bei, indem er darauf verzichtete, durch seinen Einspruch die Verabschiedung des Etats für 1928 zu verhindern.

Die vom Reichskanzler vorgelegene und vom Reichsrat am gleichen Tage angenommene Entschließung sieht lediglich eine nochmalige Überprüfung der